issa | INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR SOZIALE SICHERHEIT | IVSS

Sozialpolitik im Brennpunkt 29

Europa: Ausbau der Tragfähigkeit umfassender Systeme der sozialen Sicherheit

Die schwierige wirtschaftliche und demografische Situation in der Region Europa hat vielfältige Auswirkungen auf die Systeme und Verwaltungen der sozialen Sicherheit. In den letzten fünf Jahren haben sich die Perspektiven für zahlreiche Länder verändert. Zu den gegenwärtigen Herausforderungen gehören die gestiegene Nachfrage nach Leistungen, nicht zuletzt für den Schutz Erwerbsloser, der Rückgang des Beitragsaufkommens aufgrund der gesunkenen Beschäftigung und des stagnierenden Arbeitseinkommens, die relative Zunahme jüngerer und weiblicher Leistungsempfänger und die verbreitete Forderung nach Kosteneinsparungen und mehr Effizienz in den Verwaltungen. Gleichzeitig stellen sich nach wie vor Fragen danach, wie angesichts der Bevölkerungsalterung die Gesundheitsversorgung und die Rentensysteme Europas längerfristig finanziert werden können. Dennoch belegen neuste Untersuchungen der IVSS über Entwicklungen und Trends in der Region, dass die Verwaltungen der sozialen Sicherheit gut aufgestellt sind, um wirksame, dynamische und damit auch tragfähige Lösungen einzubringen. Der allgemeine Ausblick bleibt daher – wie dieser *Brennpunkt* befindet – gemäßigt optimistisch, dass die starke europäische Tradition, umfassende und tragfähige Systeme der sozialen Sicherheit bereitzustellen, gewahrt bleibt.

Hans-Horst Konkolewsky, Generalsekretär der IVSS

Bewältigung der Herausforderungen

In der gesamten Region Europa stellen die wirtschaftlichen, finanziellen, arbeitsmarktbezogenen und demografischen Rahmenbedingungen die Verwaltungen der sozialen Sicherheit vor beträchtliche Herausforderungen. Dennoch agieren die Verwaltungen der Region nach wie vor dynamisch und sind in der Lage, mit wirksamen Lösungen aufzuwarten. In den letzten Jahren wurden große Anstrengungen unternommen, um den Umfang und die Tragfähigkeit der Systeme der sozialen Sicherheit zu wahren. So jedenfalls lautet eines der Hauptergebnisse des neuen IVSS-Berichts *Europa: Ausbau der Tragfähigkeit umfassender Systeme der sozialen Sicherheit.*

Diese Ausgabe

- Beleuchtet die neusten Herausforderungen, vor denen die Systeme der sozialen Sicherheit stehen
- Erörtert Innovationen zur Förderung administrativer Exzellenz und zur Wahrung der europäischen sozialen Sicherheit
- Beschreibt, wie soziale Sicherheit und Arbeitsmarktpolitik gemeinsam kohärente Ergebnisse liefern können
- Befürwortet eine wirksamere Mischung protektiver, proaktiver und präventiver Ansätze der sozialen Sicherheit

©IVSS 2013
ISSN online 1818-5975
Erste Veröffentlichung Mai 2013
Fotos: iStockphoto, Henrik Johansson, Pavel Lunkin

Wie im Bericht beschrieben wird, wurden in den vergangenen drei Jahren in der Region vier unterschiedliche, jedoch miteinander verknüpfte Phänomene beobachtet:

– Es wurden wirksame Lösungen entwickelt, um den negativen Auswirkungen der anhaltenden wirtschaftlichen Abschwächung auf die Funktion und Kapazität der Verwaltungen zu begegnen.
– Die soziale Sicherheit und die Arbeitsmarktpolitik wurden in den einzelnen Ländern besser miteinander koordiniert, um kohärente politische Ziele zu erreichen.
– Große Schritte wurden unternommen, um eine wirksamere und tragfähigere Mischung der protektiven, proaktiven und präventiven Funktionen von Systemen der sozialen Sicherheit zu verwirklichen, nicht zuletzt, damit die Maßnahmen der sozialen Sicherheit einen stärkeren positiven Einfluss auf die Gesundheit, Beschäftigung und Selbstverantwortung der Einzelnen erzielen.
– Die Verwaltungen der sozialen Sicherheit haben spezifische Maßnahmen ergriffen, um die Umsetzung dieser Funktionen zu erleichtern und damit administrative Exzellenz zu verwirklichen.

Die soziale Sicherheit und die Krise

Die Krise ist zweifelsohne einer der prägenden Faktoren für die jüngsten Entwicklungen in Europa. Wenn wir über die Krise im europäischen Umfeld sprechen, sind damit allerdings nicht nur die Ereignisse Ende 2008 und direkt danach gemeint, sondern es geht viel allgemeiner um die anhaltende und dynamische wirtschaftliche Abschwächung, deren Ausgang nach wie vor schwer vorhersagbar ist. Dabei stehen die nationalen Systeme der sozialen Sicherheit unter einer großen Belastung, wenn auch nicht überall gleich, da sehr unterschiedliche Einflüsse und Auswirkungen kurzfristiger und langfristiger Art zum Tragen kommen.

Allgemein haben diese Faktoren zu einer Schwächung der finanziellen Gesundheit der Systeme der sozialen Sicherheit geführt und somit die Schwierigkeit dieser Systeme erhöht, ihre Ziele vollumfänglich zu erreichen. Die Reformen, die mancherorts als Teil von Sparpaketen eingeführt wurden (beispielsweise um die Bedingungen des Stabilitätspakts der Europäischen Union einzuhalten oder um allgemein die Staatsschulden aufgrund des Marktdruckes zu verringern), haben die öffentliche Erwartungshaltung gegenüber der Rolle der Systeme der sozialen Sicherheit und der Fähigkeit einiger Systeme, angemessene Leistungen zu erbringen, tief erschüttert.

Der Schatten der Krise zeigt sich für die Systeme der sozialen Sicherheit in der Region auf zweierlei Weise: Erstens haben in letzter Zeit viele Verwaltungen stärker mit kurzfristigen Schwierigkeiten zu kämpfen, wozu längerfristige Herausforderungen kommen wie die Bevölkerungsalterung, der zunehmende Aufwand für Renten, Gesundheitswesen und Langzeitpflege, das Auseinanderdriften von beruflichen Qualifikationen und Arbeitgeberanforderungen sowie die veränderten Familienstrukturen.

Zweitens mussten sich die Verwaltungen der sozialen Sicherheit anpassen und ihre operationellen Methoden auf oft innovative Art umstellen, um den sich wandelnden Bedürfnissen der europäischen Bevölkerungen und ihren gestiegenen Erwartungen an die Qualität öffentlicher Dienstleistungen gerecht zu werden. In der Tat verlangt die schwierige Wirtschaftslage von den Verwaltungen der sozialen Sicherheit, dass sie ihre Leistungsfähigkeit kritisch überprüfen. Angesichts der enger geschnürten Geldbörsen und der gleichzeitig immer neuen politischen und organisatorischen Herausforderungen sowie der wachsenden Notwendigkeit, Einkommensarmut, soziale Unsicherheit und die Bedürfnisse der immer mobileren Beschäftigten und der

Wichtigste Zahlen und Fakten

– 2010 umfasste die Bevölkerung der von der IVSS als Europa bezeichneten Region annähernd 800 Millionen Menschen, von denen zwei Drittel in städtischen Gebieten lebten.
– 2010 waren 20 Prozent der europäischen Bevölkerung über 59 Jahre alt, und bis 2030 werden es annähernd 30 Prozent sein. In Westeuropa, der Region mit der weltweit ältesten Bevölkerung, liegen diese Zahlen bei über 24 Prozent beziehungsweise über 32 Prozent. 2010 waren 4,2 Prozent der Bevölkerung Europas über 79 Jahre alt.
– Der Deckungsgrad der sozialen Sicherheit und der Gesundheitsversorgung in der Region wird allgemein als universell bezeichnet. Die politischen Anstrengungen im Bereich der Leistungen der sozialen Sicherheit drehen sich in einigen europäischen Ländern vorwiegend um Fragen der Angemessenheit des Leistungsangebots und der zunehmenden Einkommensungleichheit und Armut.
– Die Länder Westeuropas geben durchschnittlich 25 Prozent ihres BIP für die öffentliche soziale Sicherheit aus, wobei der Großteil davon, ungefähr 18 Prozent, in Programme mit Geldleistungen fließt und der Rest ins Gesundheitswesen. Die entsprechenden Zahlen für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) liegen bei annähernd 14 Prozent des BIP, wobei 10 Prozent in Geldleistungsprogramme fließen und der Rest ins Gesundheitswesen.
– In einigen OECD-Ländern haben die Sozialausgaben als Anteil des BIP zwischen 2007 und 2012 insgesamt zugenommen. In den meisten dieser Länder sind die Ausgaben real um mindestens 6 Prozent gestiegen. Diese Steigerung kann zumindest teilweise dadurch erklärt werden, dass das BIP-Wachstum abgenommen hat und zugleich mehr Arbeitslosenleistungen beantragt wurden. Nur in zwei europäischen OECD-Staaten sind die realen Sozialausgaben zurückgegangen: in Griechenland um 14 Prozent und in Ungarn um 13 Prozent.
– Im Euro-Raum sind heute 3,5 Millionen weniger Menschen beschäftigt als noch vor der Krise, so dass nun annähernd 19 Millionen Menschen als erwerbslos gemeldet sind. Die Langzeitarbeitslosen (Erwerbslose, die seit mindestens 12 Monaten eine Arbeit suchen) machen 42 Prozent aller Arbeitslosen aus. Einige Nicht-EU-Länder in Zentral- und Osteuropa und in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) verzeichneten rückläufige Arbeitslosenzahlen, doch diese liegen nach wie vor meist im zweistelligen Bereich. Durchschnittlich 12,7 Prozent aller jungen Menschen (zwischen 15 und 24 Jahren) in Europa sind gegenwärtig weder beschäftigt noch in einer beruflichen Aus- oder Weiterbildung, doch bestehen große Unterschiede von Land zu Land.

Migrantenbevölkerungen zu bewältigen, lautet die Botschaft für viele Verwaltungen der sozialen Sicherheit, dass noch weitere Veränderungen nötig sind. Die Fragen, die sich dabei stellen, sind: Wie verändern sich Funktionen und Ziele der Systeme der sozialen Sicherheit, und – was vielleicht noch dringender ist – wie kann dem auf effiziente und kostensparende Art entsprochen werden?

Verstärkte Ausrichtung auf die Beschäftigung und ein früheres proaktives Eingreifen

Ein wichtiges Thema ist die Arbeitslosigkeit: Zahlreiche europäische Länder haben einerseits mit einer hartnäckig hohen Langzeitarbeitslosigkeit zu kämpfen und sehen sich andererseits mit einer noch nie dagewesenen und in manchen Fällen exorbitant hohen Jugendarbeitslosigkeit konfrontiert. Die Krise hat dieses längerfristige strukturelle Problem nun noch weiter verschärft. Doch es wurden erfolgreiche Lösungen entwickelt: Die Systeme der sozialen Sicherheit arbeiten heute vermehrt mit anderen Akteuren zusammen, um sicherzustellen, dass die ergriffenen Maßnahmen neben einem Schutz gegen finanzielle Unsicherheit auch proaktive und präventive Ansätze beinhalten, mit denen die Menschen wieder in die Arbeit und in die berufliche (Weiter-)bildung zurückgeführt werden können.

In vielen Ländern der Region führte die Entscheidung der Verwaltungen der sozialen Sicherheit und der politischen Entscheidungsträger, arbeitstätige Familien zu unterstützen und zu fördern, zu einer steigenden Erwerbsquote von Frauen. Durch die Förderung und Erleichterung der Teilzeitarbeit und einer besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie können weiter gefasste Beschäftigungsziele gesetzt werden, die auch die Tragfähigkeit der Systeme unterstützen, während gleichzeitig andere Bedürfnisse der Beschäftigten berücksichtigt werden. Zu diesen Bedürfnissen gehören mehr Zeit mit der Familie und Möglichkeiten zur Weiterbildung und für Auszeiten (Sabbaticals) sowie für manche Menschen auch mehr Freizeit.

Die Unterstützung „unbezahlter" produktiver Tätigkeiten durch die Systeme der sozialen Sicherheit

Zur Unterstützung von Personen, die unbezahlte Pflegetätigkeiten leisten, schreiben die Altersrentensysteme von Guernsey, Irland, Jersey, Malta, Norwegen und des Vereinigten Königreichs für definierte Zeiträume mit einer Pflegetätigkeit entweder die Beiträge zum Rentensystem gut oder sie ignorieren die Nichtentrichtung von Beiträgen während dieser Zeiträume bei der Berechnung des jährlichen Durchschnittsbeitrags für die Rentenleistungen. Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen wie etwa in Deutschland, mit denen die Rückkehr der Eltern von Kleinkindern ins Erwerbsleben gefördert und erleichtert werden soll, sind weitere proaktive Schritte hin zu einer freien Wahl bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die Leistungen und Dienstleistungen der sozialen Sicherheit nicht bloß als reaktive Maßnahmen nach dem Eintreten eines Vorfalls wirken. Die Systeme der sozialen Sicherheit haben schon immer auch sowohl proaktive als auch präventive Ansätze vorangetrieben. Die Erkenntnis lautet dahin gehend, dass diese Funktionen nun stärker genutzt und ausgewogener und wirksamer umgesetzt werden müssen.

Paradoxerweise kommt diese Erkenntnis jedoch zu einem Zeitpunkt, da die Rezession in einigen Ländern zu Kürzungen führen könnte, unter anderem auch bei Investitionen in Präventionsmaßnahmen, was sich negativ auf die Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit auswirken wird. Gleichzeitig werden oft eine erhöhte Arbeitsintensität und gestiegener Druck beobachtet, was zu einer Häufung bestimmter Arten von Unfällen führen und die psychosozialen Bedingungen und das Wohlbefinden der Beschäftigten beeinträchtigen kann. Dennoch schrecken die Beschäftigten aufgrund drohender Arbeitslosigkeit oft davor zurück, ihren Forderungen für sichere und gesunde Arbeitsumgebungen Ausdruck zu verleihen.

Eine Intensivierung frühen und proaktiven Eingreifens führt jedoch nicht nur zu einer eindeutigen Reduktion der Gesundheits- und Arbeitsrisiken, sondern auch dazu, dass das Ausmaß und die Folgen von Schadensfällen verringert werden. Die messbaren positiven Auswirkungen solcher Tätigkeiten – von der IVSS als „Präventionsertrag" bezeichnet – in Verbindung mit der Prävention von Arbeitsunfällen, den Programmen zur Rückkehr ins Erwerbsleben, gesunden Arbeitsumgebungen und natürlich der Förderung eines gesünderen Lebensstils nehmen zu und zeigen, dass die Akzeptanz für die konsequentere und kohärentere Anwendung der protektiven, proaktiven und präventiven Funktionen der Systeme der sozialen Sicherheit insgesamt gestiegen ist.

Administrative Exzellenz: Mit weniger mehr erreichen

Als natürliche Folge der gegenwärtig schwierigen Wirtschaftslage sind die Aufgaben und Ergebnisse der Systeme der sozialen Sicherheit stärker ins Zentrum des öffentlichen Interesses gerückt, und die Verwaltungen der sozialen Sicherheit versuchen nun verstärkt, „mit weniger mehr zu erreichen". Konkrete Beispiele dafür sind die Verwendung elektronischer Dienstleistungen, organisatorische Umstrukturierungen, eine bessere Koordination und in einigen Fällen die Zusammenlegung öffentlicher Ämter. Eine solche Koordination findet nun auch vermehrt zwischen den Institutionen der sozialen Sicherheit verschiedener Länder statt, wobei vor allem die Bedürfnisse der wachsenden Migrantenbevölkerungsanteile gedeckt werden sollen.

Als weiteres Element bietet der Vormarsch elektronischer Dienstleistungen in der Verwaltung der sozialen Sicherheit einen Spielraum für mehr Wirksamkeit und Effizienz bei der Erbringung der Leistungen und Dienstleistungen, und er kann helfen, den Nutzern von Systemen der sozialen Sicherheit mehr Eigenverantwortung zu übertragen. Bei der strategischen Entwicklung internetgestützter Dienstleistungen darf allerdings nicht vergessen werden, dass auch in Europa längst nicht alle Bürger über einen persönlichen Internetanschluss verfügen. Für viele Menschen der Region beruht der Zugang zu Leistungen und Dienstleistungen der sozialen Sicherheit noch immer auf herkömmlichen Kommunikationskanälen, vor allem für die am meisten benachteiligten Bevölkerungsgruppen.

Im Zuge der Anstrengungen, Dienstleistungen hoher Qualität anzubieten und den öffentlichen Erwartungen gerecht zu werden, kann immer häufiger beobachtet werden, dass die Autonomie der Einzelnen intensiver gefördert wird und die Bevölkerung besser informiert wird. Diese Maßnahmen widerspiegeln auch implizit einen Risikoausgleich zwischen öffentlicher Hand und Einzelpersonen, aber auch dass es unabdingbar ist, dass die Einzelnen eine größere Eigenverantwortung für die Bewältigung ihrer Lebenszyklusrisiken übernehmen. Wenn die Eigenverantwortung der Bürger gefördert werden soll, besteht die Herausforderung vor allem darin, die dafür nötigen Informationen zu veröffentlichen und die Systeme der sozialen Sicherheit für alle Bevölkerungsgruppen zugänglich zu machen, indem angemessen ausgestattete Dienstleistungsplattformen für die Bedürfnisse aller Mitglieder angeboten werden. Die Bereitstellung besserer Informationen bietet auch Chancen für mehr Eigenverantwortung des Personals der sozialen Sicherheit, was sich wiederum positiv auf die Dienstleistungserbringung auswirken dürfte.

Soziale Sicherheit für Wanderarbeiter in Eurasien

In Eurasien, das vorwiegend aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion besteht, sind fast 10 Prozent der Bevölkerung (24 Millionen Menschen) in einem anderen Land geboren, und die Arbeitsbevölkerung besteht zu einem noch höheren Prozentsatz aus Wanderarbeitern. In Kasachstan sind annähernd 21 Prozent der Bevölkerung in einem anderen Land geboren. Und über 60 Prozent dieser im Ausland geborenen Migrantenbevölkerung in den Ländern Eurasiens befinden sich im arbeitsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre), ausgenommen in Armenien (54 Prozent); in der Russischen Föderation sind es 78 Prozent.

Die Bedeutung der sozialen Sicherheit für Migranten in diesem Teil Europas wurde erstmals 2005 in einer gemeinsamen Erklärung der IVSS und der Internationalen Vereinigung der Renten- und Sozialfonds (IAPSF) über den Sozialschutz von Wanderarbeitern und die Globalisierung beschrieben. Im Mai 2012 wurde sodann ein Rahmenleitdokument über die soziale Sicherheit für Wanderarbeiter in Eurasien vorgestellt. In diesem Dokument sind Prinzipien und Richtlinien aufgeführt, die für eine Ausweitung der Deckung der sozialen Sicherheit auf Wanderarbeiter wichtig sind.

Der gegenwärtige Stand der sozialen Sicherheit in Europa

Obwohl die Länder Europas schon immer verschieden gewesen sind, zeichnen sich seit 2010 deutlich größere Unterschiede hinsichtlich der Wirtschaftsleistung und der Arbeitsmärkte ab. So etwa gibt es sehr große Unterschiede bei den Arbeitslosenzahlen und insbesondere bei der Jugendarbeitslosigkeit, und die politischen Ansätze zur Behebung dieser Probleme umfassen ein breites Spektrum oft längerfristiger Maßnahmen aus verschiedenen politischen Bereichen. Insgesamt sind dafür sowohl politische als auch demografische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Unterschiede ausschlaggebend. Trotz dieser Unterschiede lassen sich jedoch vier gemeinsame Themen erkennen, die für die gegenwärtigen Tätigkeiten der Verwaltungen der sozialen Sicherheit in der Region bestimmend sind:

1. Nachdem die Systeme der sozialen Sicherheit bei der Abfederung vieler der unmittelbaren negativen sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krise ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt haben, agieren sie nun weiterhin als „Dämpfer“ gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Großereignisse. Wenn sie allerdings weiterhin in der Lage sein wollen, diese Aufgaben unter Wahrung ihrer Tragfähigkeit und Wirksamkeit durchzuführen, dann müssen die laufenden und geplanten Reformen vieler Systeme der sozialen Sicherheit in Europa zügig umgesetzt werden.
2. Durch ihre Ausrichtung auf die am stärksten von der Krise betroffenen Bevölkerungsgruppen wie beispielsweise junge Erwerbslose helfen die Systeme der sozialen Sicherheit nicht nur, das bestehende Humankapital zu erhalten, sondern sie bieten auch eine Leitlinie für Investitionen in die Entwicklung des Humankapitals der Zukunft. Die Systeme der sozialen Sicherheit wirken stets stabilisierend auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, da sie die negativen Auswirkungen sozialer Ausgrenzung direkt bekämpfen. Für die vielen komplexen Herausforderungen, denen die verschiedenen Bevölkerungsgruppen sowohl am Arbeitsplatz als auch im Privatleben gegenüberstehen, sind vor allem stärker maßgeschneiderte und ganzheitliche Ansätze nötig.
3. Durch die Einführung angemessener proaktiver und präventiver Maßnahmen neben den bestehenden protektiven Leistungen und Dienstleistungen der sozialen Sicherheit und durch vermehrtes frühes Eingreifen dürfte die Wirkung sowohl der Vorbeugung als auch der Eindämmung der negativen Auswirkungen gesteigert werden. Zwar bedingen diese Maßnahmen kurzfristige Investitionen in die Ressourcen, aber die jüngsten Daten zeigen, dass sowohl für die Beschäftigten als auch für die Arbeitgeber, und sowohl für das System der sozialen Sicherheit als auch für die ganze Gesellschaft langfristige Vorteile erwartet werden dürfen.
4. Überprüft man, wie die Betriebsprozesse der Verwaltungen der sozialen Sicherheit umgesetzt werden und wie deren Leistungen und Dienstleistungen erbracht werden, ergibt sich oft, dass der angemessene Einsatz modernster IKT-Instrumente ein Weg dazu ist, die Qualität der Leistungen und Dienstleistungen zu erhöhen und den Versicherten und Bürgern mehr Informationen zur Verfügung zu stellen.

Ausblick

Viele der Herausforderungen, von denen die Systeme der sozialen Sicherheit Europas derzeit stehen, scheinen auch in nächster Zeit bestehen zu bleiben. Die finanziellen Engpässe werden die Verwaltungen der sozialen Sicherheit in der Region weiterhin stark belasten. Themen wie die strukturelle Arbeitslosigkeit und die Bevölkerungsalterung verlangen nach geeigneten Reformen, und dazu gehören auch maßgeschneiderte Verwaltungs- und Managementlösungen, nicht zuletzt für diejenigen, die eine Unterstützung benötigen, um ihr aktives Engagement in bezahlten und unbezahlten Tätigkeiten weiterführen zu können. Insgesamt zeigt die Faktenlage in der Region jedoch, dass die Verwaltungen der sozialen Sicherheit immer besser vorbereitet und gesteuert sind, um diese Herausforderungen angemessen zu bewältigen, und dank der guten Zusammenarbeit

zwischen den Akteuren und der Unterstützung von Politik und Öffentlichkeit kann die Aussicht, dass die starke Tradition in Europa, umfassende und tragfähige Systeme der sozialen Sicherheit bereitzustellen, gewahrt bleibt, als gemäßigt optimistisch gewertet werden.

Quelle

IVSS. 2013. *Europa: Ausbau der Tragfähigkeit umfassender Systeme der sozialen Sicherheit* (Entwicklungen und Trends). Genf, Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit.

Die **Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS)** ist die weltweit führende internationale Organisation, die nationale Verwaltungen und Träger der sozialen Sicherheit zusammenbringt. Die IVSS stellt Information, Forschung und Expertenwissen sowie Foren für die Mitglieder zur Förderung einer dynamischen sozialen Sicherheit auf internationaler Ebene bereit.

4 route des Morillons
Case postale 1
CH-1211 Genf 22

T: +41 22 799 66 17
F: +41 22 799 85 09
E: issacomm@ilo.org | **www.issa.int**